Reden wir über „Wahlfamilien“!

Foto: Getty Images / Janina Steinmetz

Ob Jung oder Alt, wer füreinander Verantwortung übernehmen will, kann platonische Nahebeziehungen in Deutschland wohl bald rechtlich absichern lassen.

Die deutsche Ampelkoalition plant ein Gesetz, das es Erwachsenen erlaubt, eine Verantwortungsgemeinschaft zu gründen. Das sollte auch in Österreich debattiert werden. Gerade ältere Menschen könnten davon profitieren.

Ingrid Korosec

Anfang Februar erschien im STANDARD ein Beitrag mit dem Titel „Freunde sollen wie Ehepartner füreinander sorgen“. Kurz zur Erinnerung: In Deutschland wird überlegt, die gesetzliche Grundlage für eine sogenannte Verantwortungsgemeinschaft zu schaffen. Per Vertrag geben Erwachsene, die weder verwandt noch verheiratet oder verpartnert, aber einander zugetan sind, einander bestimmt Rechte. Wird hier – unnötigerweise – eine weitere Variante des Zusammenlebens geschaffen?

Die Zahl der Singlehaushalte steigt bis 2035 auf 40 Prozent, im Jahr 2000 waren es noch knapp 33 Prozent. Je älter man wird, umso höher ist die Wahrscheinlichkeit, allein zu leben. Das gilt aufgrund der höheren Lebenserwartung vor allem für Frauen. Zugleich nimmt die Wohnentfernung zwischen Familienmitgliedern zu. Nur noch ein Viertel der Kinder lebt in der Nachbarschaft der Eltern. Der Urbanisierungsgrad steigt langsam, aber kontinuierlich. Die demografische Entwicklung spricht also dafür, dass Menschen außerhalb der Familie im eigenen Leben eine größere Rolle spielen.

Gemischte Reaktionen

Die Reaktionen im Forum fielen sehr gemischt aus, doch in Summe eher kritisch. Interessanterweise drehte sich die Diskussion dabei meist um den Bereich Pflege, sehr oft mit dem Hinweis, dass der Staat so die soziale und finanzielle Verantwortung auslagern möchte. Oftmals gab es den Hinweis, vieles ließe sich bereits jetzt durch eine Vorsorge- beziehungsweise Pflegevollmacht klären, was durchaus stimmt.

Sieht man sich die Eckpunkte zum Gesetzesentwurf an, die der deutsche Bundesjustizminister Marco Buschmann vorlegte, wird klar, dass eine Verantwortungsgemeinschaft mehr sein kann.

Formuliert wurden vier Bereiche, die durch eine Verantwortungsgemeinschaft geregelt werden können: Auskunft und Vertretung in Gesundheitsangelegenheiten, Geschäfte zur Führung des gemeinsamen Haushalts, Pflege und Fürsorge und Zugewinngemeinschaft. Die Betonung liegt auf können. Sie geht, wenn gewünscht, weit über eine Vorsorgevollmacht hinaus und kann sich auf das Zusammenleben in einer Wohngemeinschaft ebenso auswirken wie auf Kaufverträge und Garantierecht. Die Auflösung des Vertrags soll jederzeit konsensual, aber auch durch einseitige Erklärung möglich sein.

Keine Auswirkungen hat eine Verantwortungsgemeinschaft auf das Verhältnis zu den Kindern oder die Erbfolge. Sie bringt keine Steuererleichterungen mit sich und begründet kein Recht auf Aufenthalt oder Arbeitserlaubnis. Was sie jedoch gibt, ist ein Gefühl von Sicherheit in einer Welt, in der immer mehr Menschen allein leben.

Deshalb wünsche ich mir, dass auch in Österreich die Möglichkeit, eine Wahlfamilie mit bestimmten Rechten auszustatten, diskutiert wird. Ich sehe darin kein Unterlaufen oder Diskreditieren der Ehe und Familie, sondern eine Ergänzung, von der besonders auch ältere Menschen profitieren könnten.

INGRID KOROSEC ist Präsidentin des Österr. Seniorenbundes. Zuvor war sie langjährige Volksanwältin sowie ÖVP-Generalsekretärin und Nationalrätin.

HANS RAUSCHER

Die große Putin-Illusion

Es wird immer klarer: Der Tod des russischen Oppositionellen Alexej Nawalny in einem Folterlager jenseits des Polarkreises war nicht „zufällig“. Schon am Tag vor seinem Tod gab es im Lager ungewöhnliche offizielle Aktivitäten. Es gibt ein zeitliches Zusammentreffen mit der Sicherheitskonferenz in München – und offenbar wurde von westlicher Seite angeboten, einen in Deutschland verurteilten tschetschenisch-russischen Auftragsmörder gegen Nawalny auszutauschen.

Aber Wladimir Putin wollte Nawalny, den er als einzigen Gegner wirklich fürchtete, nicht ausreisen lassen. Putin wolle eines vermitteln, so der Moskauer *Zeit*-Korrespondent Michael Thumann: „Wer es mit Putin aufnimmt, hat es mit einem zu tun, der zu jeder Eskalation bereit ist.“

In Europa gibt es noch immer welche, die sich Illusionen über Putin und sein Russland machen. Viele wollen nicht erkennen, was er ist: ein russischer Imperialist, der zumindest Ostmitteleuropa, am liebsten aber ganz Europa unter seinen Einfluss bringen will. Solange Putin keinen ernsthaften Widerstand spürt, hört er nicht auf.

In Österreich war die Putin-Illusion besonders ausgeprägt und ist es bis zu einem gewissen Grad immer noch. Das bei manchen immer noch gültige Narrativ: Die Russen haben dem Staatsvertrag zugestimmt, und wir haben jahrzehntelang gute Geschäfte mit ihnen gemacht. Bei den Gaslieferungen waren sie immer zuverlässig (was nicht stimmt). Was Putin betrifft, so war er doch lange Zeit „vernünftig“ und ist erst durch die Kränkungen, die ihm der Westen zufügte, „so“ geworden. Das ist der größte Selbstbetrug. Putin hat, kaum dass er Präsident war, einen überaus brutalen Krieg in Tschetschenien geführt; seine berühmte Rede im Deutschen Bundestag 2001 enthielt eine zentrale Passage, die sich so zusammenfassen lässt: Vergesst die US-Amerikaner, nur mit Russland (unter unserer Führung) wird Europa wirklich mächtig. Die Morde an russischen Oppositionellen begannen schon in den frühen 2000er-Jahren. Die Proteste 2011 gegen seine Herrschaft wurden rücksichtslos niedergeschlagen. 2008 griff er Georgien an, 2014 erstmals die Ukraine. Schon 2013 in Kiew begründete er den Anspruch auf die Ukraine mit 1000 Jahren Geschichte.

Österreichs Illusionen sind bis zu einem gewissen Grad verständlich. Man dachte, wir müssen mit diesem mächtigen Reich in unserer Nähe auskommen und verdienen auch noch dabei. Allerdings muss eine genaue Geschichte der Entstehung der wirtschaftlichen Abhängigkeit (vor allem vom russischen Gas) und des russischen Einflusses erst geschrieben werden. Manche der Akteure muss man wohl als russische Einflussagenten sehen. Die FPÖ ist eine klare Putin-Partei, weil sie das autoritäre Modell liebt, aber in SPÖ und ÖVP gibt es auch genug Sympathisanten und Selbstbetrüger.

Wenn man aber doch zu der Einsicht kommt, dass Putin keine Grenzen kennt – was tun? Europa stellt sich langsam darauf ein, dass es nicht wehrlos sein darf. Putin greift nur an, wenn er das Gegenüber für schwach hält. Österreich rüstet auf, in der Hoffnung, dass das als Teil einer europäischen Abschreckung reicht. Die Bevölkerung scheint mehrheitlich erkannt zu haben, dass es eine reale Bedrohung gibt. Hier halten wir vorläufig.

hans.rauscher@derStandard.at